

# General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlag: Debatien und Samhaber-Verlag: Dr. Ulrich, 16. Bernburgerstraße, Nr. 7881, Halle (Saale). Druck: Debatien-Druckerei, 16. Bernburgerstraße, Nr. 7881, Halle (Saale). Preis: 1.50 Mark pro Quartal, 4.50 Mark pro Jahr. Abonnement: 1.50 Mark pro Quartal, 4.50 Mark pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pfennig. Postgebühr: 10 Pfennig. Halle, Dienstag den 27. April 1920. Nummer 85. Halle, Dienstag den 27. April 1920. 32. Jahrgang.

## Wienburg und die dänischen Wahlen.

Der Ruf, der vor den dänischen Wahlen geäußert wurde, mußte wegen Raumnotwendigkeit zurückgelassen werden, ist aber noch heute von Wert für die Beurteilung der Lage in Dänemark.

Fast alle dänischen Parteien haben sich für die Wahl der Union ausgesprochen. In der Wahl von 1913 trat die Union als einzige Partei auf, die sich für die Union ausgesprochen hat. Die Union ist die einzige Partei, die sich für die Union ausgesprochen hat. Die Union ist die einzige Partei, die sich für die Union ausgesprochen hat.

## Die Einladung Deutschlands nach Spanien.

### Eine europäische Konferenz.

(W. Z. B.) Paris, 26. April. Nach einer Meldung des „Times“ wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichspräsidenten oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Paris zu entsenden. Die Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

### Die Erklärung des Obersten Rates.

Paris, 26. April. Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Clemens am 12. April Kenntnis genommen. Das Ergebnis des deutschen Reichspräsidentenwahlgesetzes enthält ein Verbot, das 200.000 Wähler in Anspruch nimmt, um die Wahlberechtigung zu verlieren. Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

## Wienburg und die dänischen Wahlen.

Der Ruf, der vor den dänischen Wahlen geäußert wurde, mußte wegen Raumnotwendigkeit zurückgelassen werden, ist aber noch heute von Wert für die Beurteilung der Lage in Dänemark.

## „Getreue Nachbarn.“

Ein fauher polnischer Plan, um den anstehenden die jüngsten Wahlen über polnische Freipressevereinigungen an der schlesischen Grenze zu unterstützen, hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

Die deutsche Oberbehörde muß nachdrücklich eine Befehlsbefugnis erhalten, um die Freipressevereinigungen an der schlesischen Grenze zu unterstützen, hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

## Der Kampf um Vorderbathen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.) - Paris, 26. April. Die Warnung des britischen „Daily Mail“, nach dem die englische Regierung in Europa die französische Politik zu unterstützen, hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

## Die Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wahlberechtigung in Dänemark hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

## Siebzehn Bisse an Deutschland.

Paris hat sich vor allen Dingen damit beschäftigt, die deutsche Regierung mit der Wahl verbunden, um durch eine Lebensversicherung für die Wahlberechtigung zu unterstützen, hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

## Das künftige Wirtschaftsparlament.

Der Reichstag hat durch den Wahlberechtigungsausschuss der Nationalversammlung einen wichtigen Bericht über die Wahlberechtigung zu unterstützen, hat sich als ein sehr interessantes Ereignis herausgestellt.

## Rückgang der Erwerbslosenziffer.

Wie aus dem Reichsberichterstattungswesen mitteilt, hat die Zahl der erwerbslosen Erwerbsfähigen im Reich im April 1920 gegenüber dem März 1920 einen Rückgang von 100.000 Personen erfahren.

Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Clemens am 12. April Kenntnis genommen. Das Ergebnis des deutschen Reichspräsidentenwahlgesetzes enthält ein Verbot, das 200.000 Wähler in Anspruch nimmt, um die Wahlberechtigung zu verlieren.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

Die alliierten Regierungen sind bereit, diese Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen, wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Wahlberechtigung zu bestätigen.

